

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Inder zurück

Kampala (spk) Tausende von Asiaten, die 1972 vom Diktator Idi Amin aus Uganda ausgewiesen worden sind, dürfen in ihre frühere Heimat zurückkehren. Ebenso können die Inder und Pakistanis, die vor 1972 die gewerbtreibende Mittelklasse Ugandas bildeten, ihre Ländereien, Geschäfte und industriellen Besitztümer zurückfordern. Das meldete am Wochenende Radio Uganda.

Explosion im Munitionsdepot

Ljubljana (spk) In einem Munitionslager der jugoslawischen Volksarmee bei Idrija in Slowenien ist es in der Nacht auf den Montag zu einer schweren Explosion gekommen. Dies meldete Tanjug unter Berufung auf örtliche Behörden. Vor der Explosion soll es zu Kämpfen zwischen der Armee und der slowenischen Bürgerwehr sowie Polizei gekommen sein. Über Verletzte oder Tote lagen keine Angaben vor.

Hohes Unfallrisiko in Kosloduj

Sofia (spk) Die Unfallgefahr im bulgarischen Kernkraftwerk Kosloduj ist nach Einschätzung bulgarischer Atomwissenschaftler «tausendmal höher» als in vergleichbaren Kernkraftanlagen sowjetischer Bauart in der CSFR oder in Finnland. Dies berichtete die regierungsnahe Zeitung «Otschestwen Westnik» am Montag in Sofia. Kosloduj liegt 150 Kilometer nördlich Sofia an der Donau.

Auf den Landtag wartet wiederum ein umfangreiches Programm

Die letzte Sitzung des Parlaments vor der Sommerpause findet am Mittwoch und Donnerstag statt

(G.M.) – Auch die letzte Sitzung des Landtags vor der Sommerpause weist eine umfangreiche Tagesordnung auf, wobei die Genehmigung der Landesrechnung 1990 und des Rechenschaftsberichtes der Regierung im Mittelpunkt stehen wird. Ausserdem legt die Regierung dem Parlament den Antrag zum Beitritt zur EFTA vor, nachdem auf Regierungsebene die notwendigen Vorkehrungen zur EFTA-Mitgliedschaft bereits getroffen wurden und der EFTA-Ministerrat seine Zustimmung grundsätzlich gegeben hat. Zur Information über die laufenden EWR-Verhandlungen unterbreitete die Regierung dem Parlament auch den 5. Ergänzenden Bericht über das Fürstentum Liechtenstein und die Europäische Integration.

Die 16 Traktanden umfassende Tagesordnung, die neben der Landesrechnung 1990 auch die Jahresberichte der Landesbank, der AHV, der Kraftwerke und der Gasversorgung enthält, könnte bei Sitzungsbeginn noch um einen Punkt erweitert werden. Jedenfalls veröffentlichte die Regierung einen kurzen Bericht über das formulierte Initiativbegehren zur Ergänzung des Schulgesetzes, das sich gegen die Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen wendet. Aus diesem Bericht geht allerdings nicht klar hervor, ob sich der Landtag bereits an dieser Sitzung mit der Initiative zu befassen hat oder ob zugewartet werden kann, zumal die Regierung an ihrer Haltung offenbar festhält, den schulfreien Samstag ab Beginn des Schuljahres 1991/92 unabhängig vom Initiativbegehren einzuführen.

Landesrechnung 1990

Die Sommersitzung des Landtags ist traditionsgemäss gekennzeichnet durch die Genehmigung der Landesrechnung und des Rechenschaftsberichtes der Regierung. Zu erwarten ist im Parlament erneut eine finanzpolitische Auseinandersetzung, nachdem die Regierung in ihrem Bericht unumwunden zugegeben hat, dass sich die Finanzsituation des Staates verschlechtert habe. Nachdem die FBP-Fraktion als Opposition in den vergangenen Jahren immer wieder vor einem Reservenabbau in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur warnte, wird sie angesichts des weiteren Reservenabbaus laut Landesrechnung 1990 und vor allem unter dem Eindruck der sich abgekühlten Konjunkturlage mit Auswärtigen auf Wirtschaft und Staatshaushalt zumindest auf ihre finanzpolitischen Prioritäten und Zielsetzungen hinweisen.

Finanzausgleich und Subventionen

Gemäss einer Forderung der FBP-Fraktion wird die Detailberatung über die Änderung des Finanzausgleichs an die Gemeinden sowie über das Subventionsgesetz gemeinsam durchgeführt, weil zwischen der Ausrichtung von zweckgebundenen Finanzmitteln und ungebundener Finanzhilfe an die kommunalen Verwaltungen ein enger Zusammenhang besteht. Die vorgeschlagene Regelung des Finanzausgleichs, die vom Landtag im Verlaufe der ersten Behandlung im Plenum zahlreichen kritischen Stimmen ausgesetzt war, wurde von der Regierung unter Berücksichtigung von Kritik und

Anregungen sowie unter Zugrundelegung der massgeblichen Zahlen aus dem Staatshaushalt 1990 nochmals abgeändert. Nach dem neuen Vorschlag erhalten die Berggemeinden einen höheren Zuschlag, und auch die finanzschwächeren Talgemeinden kommen in den Genuss weiterer Zuweisungen. Die Regierung entspricht in ihrem Bericht auch den Forderungen nach Differenzierung, sofern eine Gemeinde über hohe Reserven verfügt und nach dem ursprünglichen Vorschlag teilweise von der Finanzausweisung durch den Staat ausgeschlossen bleiben sollte.

Unverändert hingegen blieb die Haltung der Regierung in bezug auf jene Gemeinden, deren Steuerfuss unter dem allgemeinen Niveau liegt: Diese Gemeinden würden dokumentieren, dass sie auf die staatlichen Mittel nicht angewiesen seien und sollten von staatlichen Finanzausweisungen ausgeschlossen bleiben.

EFTA-Beitritt

Der Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zur EFTA ist zwar beschlossene Sache und soll am 1. September 1991 in Kraft treten. Da es sich um einen Staatsvertrag handelt, hat das Parlament jedoch in dieser Angelegenheit ebenfalls ein Wort mitzureden. Die Regierung informierte den Landtag mit einem Bericht über die Freihandelszone und die Auswirkungen eines Vollbeitritts, nachdem das Land bisher nur über ein Sonderprotokoll und über den Zollvertrag mit der Schweiz mit der EFTA verbunden war. Der Landtag hat mit seiner Zustimmung

zum Regierungsantrag neben der Mitgliedschaft zur EFTA auch ein Protokoll über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten, die Garantieannahme im Zusammenhang mit der Personalversicherungskasse der EFTA-Mitgliedstaaten sowie einen Nachtragskredit von 150 000 Fr. für die Mitgliedschaft zu genehmigen.

Der Beitragsanteil des Fürstentums Liechtenstein wurde von der EFTA mit 0,6 Prozent des EFTA-Budgets festgelegt.

Steuergesetz in Teilschritten?

Nachdem das neue Steuergesetz in der Volksabstimmung vom vergangenen Jahr am massiven Nein der Bevölkerung gescheitert ist, befürwortet die Regierung ein schrittweises Vorgehen, um die nach ihrer Meinung unbestrittenen Änderungsvorschläge dennoch durchsetzen zu können.

Diese Auffassung vertritt die Regierung jedenfalls in einem Bericht auf eine Interpellation der Vaterländischen Union (VU), der im Landtag zur Diskussion stehen wird. Die Regierung vertritt im Bericht die Ansicht, dass das geltende Steuergesetz verschiedener Änderungen bedürfe und führt generell aus: «Die Schaffung eines modernen Steuerrechts in mehreren Teilschritten ist deshalb nicht nur eine finanzpolitische Zielsetzung, welcher sich die Regierung verpflichtet fühlt, sondern ist auch ein wesentlicher Beitrag zu einer positiven Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in unserem Land.»

Internationale Berufswettbewerbe: Diplomaten gaben sich die Ehre

Gestern war offizieller Empfang der an den IBW vertretenen Länder – Auch Regierungsrat René Ritter dabei

(wan) – Gestern morgen waren die in den Niederlanden stationierten Diplomaten der an den Internationalen Berufswettbewerben beteiligten Staaten zu einem offiziellen Empfang geladen. Einige waren der Einladung des holländischen Veranstalters gefolgt und informierten sich vor Ort über die Wettbewerbe. Als Vertreter Liechtensteins war Regierungsrat René Ritter, zuständig für das Ressort Wirtschaft, eigens nach Amsterdam angereist.

In dem im RAI-Komplex integrierten «La Ronde» Restaurant wurden die Diplomaten sowie Offizielle und Technische Delegierte der Delegationen vom holländischen Veranstalter aufs herzlichste begrüsst und über die Wettbewerbe informiert. Dabei wurde die Wichtigkeit betont, dass sich auch die staatlichen Stellen hinter diese Wettbewerbe stellen, denn eine gute Ausbildung junger Leute bringe auch ihren Herkunftsländern viele Vorteile, so beispielsweise das wirtschaftliche Bestehen im internationalen Konkurrenzkampf.

An diesem Empfang war auch erstmals ein indischer Beobachter vertreten, dessen Land sich jetzt offenbar auch für einen Beitritt zu den IBW interessiert. Ebenfalls dabei war ein Gesandter aus dem Südtirol, der die Interessen Italiens vertritt, das zwar schon IBW-Mitglied ist, doch derzeit nicht aktiv vertreten ist. Nicht zu vergessen auch die schweizerischen Vertreter aus St. Gallen und Bern, die höchstwahrscheinlich den Zuspruch zur Durchführung der IBW im Jahre 1997 bekommen werden. Dann werden die Wettbewerbe aller Voraussicht nach in St. Gallen stattfinden, womit die liechtensteinische Bevölkerung Gelegenheit bekommt, sich diese eindruckliche Leistungsschau einmal aus der Nähe anzusehen. Im Anschluss an den Empfang stand eine Führung durch die IBW auf dem Programm.

Besuchergruppe abgereist

Wie schon gestern berichtet, war am Samstag eine liechtensteinische Besuchergruppe, bestehend aus Angehörigen unserer Delegation, aus ehemaligen Teilnehmern sowie aus Lehrmeistern, Arbeitgebern und aus IBW-Interessierten nach Amsterdam gekommen, um sich vor Ort über das Geschehen zu informieren. Viele von ihnen zeigten sich begeistert und vom Einsatz der jungen Leute aus der ganzen Welt in den Bann gezogen. Einmütig waren sie der Meinung, dass ein

IBW-Besuch weiterzuempfehlen sei. Nach dreitägigem Aufenthalt reiste die Gruppe gestern wieder nach Hause zurück.

Im Innern der heutigen Ausgabe sehen Sie unsere neun jungen Berufsleute bei ihren noch bis heute abend dauernden Arbeiten in Amsterdam.



Auf Einladung der niederländischen Organisatoren erschien auch unser Regierungsrat René Ritter (rechts) gestern morgen zum Diplomateneingang der teilnehmenden Länder. Das Bild zeigt ihn im Gespräch mit dem Technischen Delegierten Josef Nigsch (Mitte) und dem Offiziellen Delegierten Walter Schädler. (Funkbild: wan)

KSZE-Parlamentarier-Konferenz

Wien (spk/spa) Rund 100 Parlamentarier aus ganz Europa und Nordamerika sind am Montag zur 7. Inter-Parlamentarischen Konferenz der Staaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Wien zusammengetroffen. Die Krise in Jugoslawien steht im Mittelpunkt des dreitägigen Treffens, das von der Interparlamentarischen Union (IPU) organisiert wurde.

Aufbau der Ostwirtschaft dauert an

Düsseldorf (AP) Ein Jahr nach Inkrafttreten der Währungsunion sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund auf die Westdeutschen noch weitere spürbare Opfer für den Aufbau der neuen Länder zukommen. Umbau und Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft seien «kein Übergangsproblem, sondern eine Langfristaufgabe», sagte der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer am Montag in einer Jahresbilanz in Düsseldorf. Weitere spürbare Opfer der Westdeutschen seien deshalb unvermeidlich. «Das Lied vom Teufel» werde noch manche neue Strophe bekommen.



MINOLTA

7000 I-Set
m. Obj. 35-105/3.5
inkl. Tasche

998.-

I-MEX

Foto · Video · TV · Hi-Fi
Computer

Landstrasse 454 · Telefon 075 2 74 88

FL-9495 Triesen

Profitieren Sie... noch heute

IWF-Beitritt als Mitgestaltungschance

Bern (AP) Bundesrat Otto Stich ist zuversichtlich, dass der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank ohne Volksabstimmung über die Bühne gehen wird. Zum Auftakt eines zweitägigen Seminars an der Universität Bern stellte sich der Finanzminister am Montag nochmals klar hinter die «entwicklungspolitischen Leitplanken des Beitrittsbeschlusses, die kürzlich von der Nationalbank kritisiert worden sind.

PDS-Protest gegen Treuhandanstalt

Berlin (spk/spa) Die deutsche Partei für demokratischen Sozialismus (PDS) hat am Montag wie angekündigt vor der für den Verkauf ehemaliger DDR-Staatsbetriebe zuständigen Treuhandanstalt eine Menschenkette gebildet und die Behörde mit einer Flut von Einzelbelegen lahmgelegt. Sie reagierte damit auf den Beschluss der Treuhand, die Konten der Partei lückenloser zu kontrollieren.

Temporeduktion Mitte Juli signalisiert

Zürich (spk) Erst Mitte Juli werden auf den Autobahnabschnitten um die Städte Winterthur und Zürich die Signalisationen für die vom Bundesrat beschlossenen Temporeduktionen realisiert sein. Dies gab Regierungsrat Hans Hofmann – Vorsteher der dafür zuständigen Baudirektion – anlässlich der Lancierung der kantonalen Sommersmog-Kampagne bekannt.

**FAHRSCHULE
GILBERT BECK**

Bekannt für seriöse und gründliche Ausbildung

2 24 51 / 077 96 55 51